

Stand: 21.04.2026 02:35:59

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/10871

"Änderungsantrag Haushaltsplan 2026/2027; hier: Bewährungshilfe stärken – Personalnotstand beheben, Eingangsamt A 11 einführen (Kap. 04 04 Tit. 422 01)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/10871 vom 02.03.2026
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/11324 des HA vom 23.03.2026



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Holger Griebßhammer, Horst Arnold, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Nicole Bäuml, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Haushaltsplan 2026/2027;

**hier: Bewährungshilfe stärken – Personalnotstand beheben, Eingangsamt A 11 einführen
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 04 04 (Gerichte und Staatsanwaltschaften) wird der Ansatz im Tit. 422 01 (Bezüge der planmäßigen Beamten (Richter)) für das Jahr 2026 von 683.979,1 Tsd. Euro um 103,8 Tsd. Euro auf 684.082,9 Tsd. Euro erhöht.

In Kap. 04 04 (Gerichte und Staatsanwaltschaften) wird der Ansatz im Tit. 422 01 (Bezüge der planmäßigen Beamten (Richter)) für das Jahr 2027 von 692.518,1 Tsd. Euro um 840,0 Tsd. Euro auf 693.358,1 Tsd. Euro erhöht.

Die Mittel dienen der Finanzierung von 16 neuen Stellen der BesGr. A 9 für Sozialinspektorinnen und Sozialinspektoren für die Bewährungshilfe, davon acht Stellen kostenwirksam zum 1. Oktober 2026 und weitere acht Stellen kostenwirksam zum 1. Januar 2027.

Begründung:

Die bayerische Bewährungshilfe steht derzeit vor erheblichen strukturellen und quantitativen Herausforderungen. Insbesondere die gesetzlich normierte Ausweitung der Gerichtshilfetätigkeit gemäß § 463d Strafprozessordnung (StPO) führt zu einem nachhaltigen und deutlichen Anstieg der Arbeitsbelastung. Gleichzeitig ist die Bewährungshilfe gehalten, die Qualität der originären Bewährungshilfearbeit aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln. Dies setzt eine dem tatsächlichen Aufgabenvolumen entsprechende personelle Ausstattung zwingend voraus.

Zum einen braucht es daher zusätzliche Planstellen zur flächendeckenden Ausweitung der Gerichtshilfetätigkeit:

Die Umsetzung der Neuregelung des § 463d StPO hat in den bisherigen Modellbezirken zu einem signifikanten Anstieg der Gerichtshilfefälle geführt. Im Oberlandesgerichtsbezirk Bamberg ist im Jahr 2024 ein Fallzahlanstieg zwischen 141 Prozent (Amberg/Weiden) und 233 Prozent (Bayreuth) zu verzeichnen gewesen. Mit der nunmehr flächendeckenden Implementierung der Gerichtshilfetätigkeit ist bayernweit von einer dauerhaft erhöhten Arbeitsbelastung auszugehen.

Die im letzten Doppelhaushalt bewilligten drei zusätzlichen Planstellen haben den Aufbau grundlegender Strukturen ermöglicht, sind jedoch für die Bewältigung des tatsächlichen und künftig weiter steigenden Bedarfs nicht ausreichend. Ohne eine substanzielle personelle Verstärkung besteht die Gefahr, dass die qualitativ hochwertige sozialpädagogische Bearbeitung der Gerichtshilfefälle ebenso wie die Wahrnehmung der Kernaufgaben der Bewährungshilfe nachhaltig beeinträchtigt wird.

Die Einführung der Gerichtshilfetätigkeit hat zu erheblichen Mehrbelastungen im Geschäftsstellenbereich geführt, ohne dass hierfür bislang zusätzliche Stellen geschaffen wurden. Auch insoweit ist eine signifikante Stellenmehrung zwingend geboten, um einen ordnungsgemäßen Geschäftsbetrieb sicherzustellen.

Vor diesem Hintergrund ist hier bereits die Schaffung von zwölf zusätzlichen Planstellen im Bereich der Bewährungshilfe erforderlich.

Zum zweiten braucht es zusätzliche Planstellen für den bayernweiten Ausbau des Intensivbetreuungskonzepts „Rubikon“:

Das Intensivbetreuungskonzept „Rubikon“ für jugendliche und heranwachsende Intensivstraftäter hat sich in mehreren Landgerichtsbezirken (u. a. München I, Nürnberg-Fürth, Augsburg, Landshut) als wirksames Instrument der Rückfallprävention und nachhaltigen Resozialisierung bewährt. Die bisherigen Erfahrungen belegen sowohl fachliche Erfolge als auch eine spürbare Entlastung der regulären Bewährungshilfearbeit.

Zur Sicherung bestehender Standorte sowie zur schrittweisen Ausweitung des Konzepts auf weitere Landgerichtsbezirke sind mindestens vier zusätzliche Planstellen erforderlich.

Diese Stellen dienen insbesondere:

- der Stabilisierung und Weiterentwicklung der bestehenden Rubikon-Maßnahmen,
- der Implementierung des Konzepts in weiteren Landgerichtsbezirken,
- der Sicherung fachlicher Qualität und angemessener Fallbelastungen in der Einzelfallhilfe,
- sowie der institutionellen Anerkennung und Verstetigung der Konzepte aus der Praxis der Bewährungshilfe.

Die insgesamt beantragten 16 Planstellen stellen eine notwendige strukturelle Anpassung an veränderte gesetzliche und fachliche Anforderungen dar. Die steigende Arbeitsbelastung infolge der Ausweitung der Gerichtshilfetätigkeit darf nicht zulasten der originären Bewährungshilfe gehen. Eine unzureichende Personalausstattung birgt erhebliche Risiken für die Qualität der Betreuung, die Zielerreichung im Rahmen der Resozialisierung sowie für die Funktionsfähigkeit der Strafrechtspflege insgesamt. Die Stellen sind daher als zielgerichtete Investition in die Qualität, Leistungsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit der bayerischen Bewährungshilfe zu bewerten. Sie ermöglichen sowohl die sachgerechte Umsetzung neuer gesetzlicher Aufgaben als auch die Fortführung und den Ausbau bewährter und innovativer Konzepte wie des Intensivbetreuungskonzepts „Rubikon“.

Abschließend braucht es (perspektivisch) auch die Einführung des Eingangsamtes A 11 für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in der Bewährungshilfe. Trotz stetig wachsender Anforderungen und zunehmender Komplexität der Aufgaben liegt das Eingangssamt aktuell bei A 9, während vergleichbare Laufbahnen bereits A 10 erreicht haben. Sozialarbeitende in der Justiz erfüllen nicht nur betreuende, sondern auch prognostische und therapeutische Aufgaben, die weit über die Basisqualifikation eines Fachhochschulabschlusses der Sozialen Arbeit hinausgehen. Die Arbeit umfasst unter anderem die Erstellung von Rückfallprognosen, den Einsatz komplexer sozialpädagogischer Methoden und die eigenverantwortliche Einschätzung von Risikofällen.

Aufgrund dieser Anforderungen ist eine zusätzliche Qualifizierung der Mitarbeitenden nötig, um den hohen fachlichen Standards gerecht zu werden. Die Anpassung der Besoldung an A 11 ist notwendig, um die Tätigkeit attraktiver zu gestalten und qualifizierten Nachwuchs für dieses anspruchsvolle Arbeitsfeld zu gewinnen. Gleichzeitig soll dies auch zur Angleichung innerhalb des Besoldungsgefüges führen. Natürliche Folge ist

dann auch eine Neubewertung bestehender Stellen und eine Anpassung der tariflichen Eingruppierungen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Haushaltsplan 2026/2027; Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz

Berichterstatter: **Maximilian Bötl**
Mitberichterstatter: **Harry Scheuenstuhl**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 04 04 werden die Ansätze in 2026
 - a) bei Tit. 526 99
 - von 47.844,2 Tsd. €
 - um 110,0 Tsd. €
 - auf 47.954,2 Tsd. €sowie
 - b) bei Tit. 534 99
 - von 22.244,5 Tsd. €
 - um 110,0 Tsd. €
 - auf 22.354,5 Tsd. €erhöht.
2. Bei Kap. 04 04 wird in Anl. S Tit. 735 04 der Ansatz in 2026
 - von 600,0 Tsd. €
 - um 50,0 Tsd. €
 - auf 650,0 Tsd. €erhöht.
3. Bei Kap. 04 05 werden die Ansätze in 2026
 - a) bei Tit. 525 01
 - von 901,3 Tsd. €
 - um 360,0 Tsd. €
 - auf 1.261,3 Tsd. €
 - b) bei Tit. 681 02
 - von 1.875,0 Tsd. €
 - um 50,0 Tsd. €
 - auf 1.925,0 Tsd. €

- c) bei Tit. 701 01
 - von 11.685,6 Tsd. €
 - um 330,0 Tsd. €
 - auf 12.015,6 Tsd. €
- d) bei Tit. 812 48
 - von 4.200,0 Tsd. €
 - um 120,0 Tsd. €
 - auf 4.320,0 Tsd. €
- e) bei Tit. 812 71
 - von 2.470,0 Tsd. €
 - um 110,0 Tsd. €
 - auf 2.580,0 Tsd. €erhöht sowie
- f) die Zweckbestimmung bei Tit. 681 72 umbenannt in „Arbeitsentgelt, Ausbildungsbeihilfe, Ausgleichsentschädigung, Überbrückungsleistung bei Bedürftigkeit und Taschengeld für Gefangene“.

Ferner werden die Ansätze und Haushaltsvermerke bei Kap. 04 01, Kap. 04 04 und Kap. 04 05 entsprechend der Nachschubliste der Staatsregierung geändert (Anlagen).

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2026/2027 vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Einführung von KI in der Justiz
(Kap. 04 04 Tit. 526 99)
Drs. 19/10876
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Förderung einer Softwarelösung zur Gewährleistung der Kompatibilität zwischen dem Justiznetz und iOS- bzw. Android-Endgeräten
(Kap. 04 04 Tit. 534 99)
Drs. 19/10877

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Anschubfinanzierung Sanierung Sitzungstrakt Landgericht Hof
(Kap. 04 04 Tit. 735 04 (Anlage S zu Epl. 04))
Drs. 19/10878
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Nachwuchsgewinnung im Justizvollzug - Arbeitgeber Justizvollzug (Werbekampagne für den Justizvollzug)
(Kap. 04 05 Tit. 525 01)
Drs. 19/10879
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Nachwuchsgewinnung im Justizvollzug - Justizvollzug auf Berufsmessen (Anschaffung von modernen Messeständen)
(Kap. 04 05 Tit. 525 01)
Drs. 19/10880
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Fortbildungsveranstaltungen - Aktionsjahr Schutz vor Übergriffen und Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen (Zusätzliche Fortbildungsmaßnahmen für Justizvollzugsbedienstete)
(Kap. 04 05 Tit. 525 01)
Drs. 19/10881
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Soziale Projekte für Gefangenenfürsorge und Bewährungshilfe
(Kap. 04 05 Tit. 681 02)
Drs. 19/10882
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Brunnensanierung JVA Ebrach
(Kap. 04 05 Tit. 701 01)
Drs. 19/10883

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Pilotierung von Suizidpräventionsräumen in der JVA Bernau
(Kap. 04 05 Tit. 812 48)
Drs. 19/10884
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Verstärkung des Ausbaus digitaler Kommunikationsmöglichkeiten durch Anschaffung neuer Videokonferenzsysteme für die Justizvollzugseinrichtungen
(Kap. 04 05 Tit. 812 71)
Drs. 19/10885
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Änderung der Zweckbestimmung aufgrund Einführung der Überbrückungsleistung bei Bedürftigkeit für Untersuchungsgefangene
(Kap. 04 05 Tit. 681 72)
Drs. 19/10891

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Keine Stellenkürzungen im Justizvollzug durch Nichtwiederbesetzung, kw-Vermerk streichen
(Kap. 04 02 Stellenplan)
Drs. 19/10860
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Rechtspflege im Justizdienst stärken
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 19/10861
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Wachdienst in den Justizgebäuden personell stärken
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 19/10862

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Personalsituation in der Bewährungshilfe verbessern: Arbeit mit jugendlichen Intensivtäterinnen und -tätern stärken
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 19/10863
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Verbesserung der Personalsituation in Justizvollzugsanstalten
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 19/10864
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Schulungen für den Umgang mit psychotischen Gefangenen
(Kap. 04 05 Tit. 525 01)
Drs. 19/10865
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Mehr Kooperationen im Justizvollzug mit externen psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgungseinrichtungen und Leistungserbringern ermöglichen
(Kap. 04 05 Tit. 538 71)
Drs. 19/10866
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Horst Arnold, Volkmар Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Erhöhung der Mittel für die Aus- und Fortbildung der nichtrichterlichen Beisitzer (Schöffen) in Bayern
(Kap. 04 04 Tit. 412 01)
Drs. 19/10868
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Horst Arnold, Volkmар Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Mittel für die Finanzierung von 50 neuen Stellen für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger in der BesGr. A 11 sowie für Stellenhebungen, insbesondere von A 12 nach A 13, sowie für den Ausbau der Spitzenstellen für die modulare Qualifizierung
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 19/10869
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Horst Arnold, Volkmар Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Mittel für die Finanzierung von 80 neuen R 1-Stellen für Richterinnen und Richter sowie für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 19/10870

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Horst Arnold, Volkm^{ar} Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Bewährungshilfe stärken – Personalnotstand beheben, Eingangsamt A 11 einführen
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 19/10871
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Horst Arnold, Volkm^{ar} Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Mittel für die Finanzierung der Stellenhebung von 246 Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern von BesGr. A 8 nach BesGr. A 9
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 19/10872
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Horst Arnold, Volkm^{ar} Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Erhöhung der Mittel für die Fortbildung der Richterinnen und Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Bayern
(Kap. 04 04 Tit. 525 01)
Drs. 19/10873
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Horst Arnold, Volkm^{ar} Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Für einen guten Behandlungsvollzug – Mittel für die Finanzierung von 176 neuen Stellen für alle Funktionsbereiche und Dienste in den Justizvollzugsanstalten in Bayern
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 19/10874
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Horst Arnold, Volkm^{ar} Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Erhöhung der Mittel für die Gefangenen- und Entlassenenfürsorge in Bayern
(Kap. 04 05 Tit. 681 02)
Drs. 19/10875
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Bündnis für Toleranz
(Kap. 04 01 Tit. 684 01)
Drs. 19/10886
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Schlagkraft des Rechtssystems stärken I: zusätzliche Stellen für Richter
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 19/10887

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Schlagkraft des Rechtssystems stärken II: zusätzliche Stellen für Rechtspfleger
(Kap. 04 04 Tit. 422 21)
Drs. 19/10888
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Schlagkraft des Rechtssystems stärken III: zusätzliche Stellen für die Justizvollzugsanstalten
(Kap. 04 05 Tit. 422 21)
Drs. 19/10889
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Rechtskunde und Rechtsbildung für Asylbewerber
(Kap. 04 04 Tit. 427 01)
Drs. 19/10890

Der Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Verwaltungsvereinfachung beim sogenannten Taschengeld für mittellose Untersuchungshäftlinge
(Kap. 04 05 Tit. 681 02)
Drs. 19/10867
wird für erledigt erklärt.

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 93. Sitzung am 23. März 2026 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Anlage 2 zu 11/12/15/17-H 1120-17/17

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Doppelhaushalt 2026/2027

zum

Entwurf des Einzelplans 04

Bayerisches Staatsministerium der Justiz

Vorbemerkung zum Geltungsbereich der Regelungen zur dezentralen Budgetverantwortung

1. Gemäß Nr. 12.8 DBestHG gelten die in Nrn. 12.1 bis 12.7 DBestHG 2026/2027 zur dezentralen Budgetverantwortung getroffenen Regelungen nicht für:

- Kap. 04 01 Tit. 111 02 und 459 01,
- Kap. 04 02 Tit. 526 01,
- Kap. 04 04 Tit. 111 01, 111 02, 111 03, 112 01, 526 21 bis 526 33,
- Kap. 04 05 Tit. 112 01, 516 01, 823 10 und
- Kap. 04 05 TG 71 und TG 72.

04 01 Ministerium

| Titel FKZ | | A Bisheriger Betrag 2026 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. € | Neuer Betrag 2026 Tsd. € | A Bisheriger Betrag 2027 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. € | Neuer Betrag 2027 Tsd. € |
|-----------------|--|---|--------------------------------|---|--------------------------------|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| | Einnahmen | | | | |
| | Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schul- dienst und dergleichen | | | | |
| 111 02-4 011 | Notenverbesserungsgebühr <i>Vgl. Vermerk zu Tit. 459 01.</i> | A B | - - - | A B | - - - |
| | Gesamteinnahmen | A 24,5 B - | 24,5 | A 24,5 B - | 24,5 |
| | Ausgaben | | | | |
| | Personalausgaben | | | | |
| 459 01-5 011 | Prüfungsvergütungen <i>Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnah- men bei 111 02. Verpflichtungserm. 2026 Tsd. € 12.600,0 Von der veranschlagten Verpflichtungserm. 2026 in Höhe von 12.600,0 Tsd. € werden fällig frühes- tens in den Haushaltsjahren 2027 Tsd. € 3.900,0 2028 Tsd. € 2.900,0 2029 Tsd. € 2.900,0 2030 Tsd. € 2.900,0 Verpflichtungserm. 2027 Tsd. € 1.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i> | A 4.750,0 B | 4.750,0 | A 4.750,0 B | 4.750,0 |
| | Gesamtausgaben | A 26.866,3 B - | 26.866,3 | A 27.142,9 B - | 27.142,9 |

Erläuterungen

Zu 04 01/111 02

Der neue Titel wird für die Einführung einer Notenverbesserungsgebühr für die Erste und Zweite Juristische Staatsprüfung benötigt. Die in Nrn. 12.1 bis 12.7 DBestHG 2026/2027 zur dezentralen Budgetverantwortung getroffenen Regelungen gelten hierfür nicht.

Im Übrigen wird auf die Erläuterung zu Kap. 04 01 Tit. 459 01 verwiesen.

Zu 04 01/459 01

Aufnahme der Einnahmekoppelung zu Tit. 111 02 infolge der Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Juristen.

04 01 Ministerium

| Titel FKZ | | A Bisheriger Betrag 2026 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. € | Neuer Betrag 2026 Tsd. € | A Bisheriger Betrag 2027 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. € | Neuer Betrag 2027 Tsd. € |
|--------------|---|---|--------------------------------|---|--------------------------------|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| | Abschluss | | | | |
| | Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen | A 24,5 B - | 24,5 | A 24,5 B - | 24,5 |
| | Gesamteinnahmen | A 24,5 B - | 24,5 | A 24,5 B - | 24,5 |
| | Personalausgaben | A 24.167,0 B - | 24.167,0 | A 24.443,6 B - | 24.443,6 |
| | Sächliche Verwaltungsausgaben | A 2.040,0 B - | 2.040,0 | A 2.040,0 B - | 2.040,0 |
| | Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen | A 185,7 B - | 185,7 | A 185,7 B - | 185,7 |
| | Sonstige Sachinvestitionen | A 473,6 B - | 473,6 | A 473,6 B - | 473,6 |
| | Gesamtausgaben | A 26.866,3 B - | 26.866,3 | A 27.142,9 B - | 27.142,9 |
| | Zuschuss | A 26.841,8 | 26.841,8 | A 27.118,4 | 27.118,4 |

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

| Titel FKZ | | A Bisheriger Betrag 2026 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. € | Neuer Betrag 2026 Tsd. € | A Bisheriger Betrag 2027 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. € | Neuer Betrag 2027 Tsd. € |
|-----------------|--|---|--------------------------------|---|--------------------------------|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| | Einnahmen | | | | |
| | Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schul- dendienst und dergleichen | | | | |
| 129 06-4 051 | Einnahmen aus der Abgabe von Ladestrom | A B +35,3 | 35,3 | A B +70,5 | 70,5 |
| | Gesamteinnahmen | A 1.419.402,0 B +35,3 | 1.419.437,3 | A 1.419.402,0 B +70,5 | 1.419.472,5 |
| | Ausgaben | | | | |
| | Personalausgaben | | | | |
| 422 26-4 051 | Anwärterbezüge und Unterhaltsbeihilfen für Rechts- referendare (einschließlich Zusatzvergütungen) <i>Erstattungen von Ausbildungsstellen für die Zah- lung von Zusatzvergütungen dürfen von den Aus- gaben abgesetzt werden.</i> | A 70.800,0 B | 70.800,0 | A 70.800,0 B | 70.800,0 |
| | Sächliche Verwaltungsausgaben | | | | |
| 526 24-1 051 | Vergütungen für Sachverständige <i>Vermerk unverändert.</i> | A 259.500,0 B -500,0 | 259.000,0 | A 259.500,0 B -500,0 | 259.000,0 |
| 526 29-6 051 | Besondere Ausgaben im Zusammenhang mit der elektronischen Aufenthaltsüberwachung <i>Vermerk unverändert.</i> | A 1.000,0 B +500,0 | 1.500,0 | A 1.000,0 B +500,0 | 1.500,0 |
| | Gesamtausgaben | A 1.962.949,1 B - | 1.962.949,1 | A 1.970.485,2 B - | 1.970.485,2 |

Erläuterungen

Zu 04 04/129 06

Mit dem Entwurf des Haushaltsgesetzes 2026/2027 entfällt die bisherige haushaltsgesetzliche Ermächtigung zum kostenfreien Laden privater Elektro- und Hybridfahrzeuge durch Beschäftigte und Besucher staatlicher Dienststellen. Der Titel ist für etwaige Einnahmen aus der Abgabe von Ladestrom erforderlich.

Zu 04 04/422 26

Die Anpassung des Haushaltsvermerks resultiert aus der geänderten Übertragbarkeit.

Zu 04 04/526 24

Weniger 500,0 Tsd. € wegen haushaltsneutraler Umschichtung zu 04 04/526 29 infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 04 04/526 29

Mehr 500,0 Tsd. € wegen haushaltsneutraler Umsetzung von 04 04/526 24 infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

| Titel FKZ | | A | Bisheriger Betrag 2026 | Neuer Betrag 2026 | A | Bisheriger Betrag 2027 | Neuer Betrag 2027 |
|--------------|---|---|------------------------------------|----------------------|---|------------------------------------|----------------------|
| | | B | Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. € | | B | Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. € | |
| 1 | 2 | | 3 | 4 | | 5 | 6 |
| | Abschluss | | | | | | |
| | Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen | A | 1.414.872,0 | 1.414.907,3 | A | 1.414.872,0 | 1.414.942,5 |
| | | B | +35,3 | | B | +70,5 | |
| | Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen | A | 4.530,0 | 4.530,0 | A | 4.530,0 | 4.530,0 |
| | | B | - | | B | - | |
| | Gesamteinnahmen | A | 1.419.402,0 | 1.419.437,3 | A | 1.419.402,0 | 1.419.472,5 |
| | | B | +35,3 | | B | +70,5 | |
| | Personalausgaben | A | 1.039.179,8 | 1.039.179,8 | A | 1.054.715,9 | 1.054.715,9 |
| | | B | - | | B | - | |
| | Sächliche Verwaltungsausgaben | A | 804.991,5 | 804.991,5 | A | 803.541,5 | 803.541,5 |
| | | B | - | | B | - | |
| | Ausgaben für den Schuldendienst | A | 8,0 | 8,0 | A | 8,0 | 8,0 |
| | | B | - | | B | - | |
| | Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen | A | 24.777,4 | 24.777,4 | A | 24.777,4 | 24.777,4 |
| | | B | - | | B | - | |
| | Baumaßnahmen | A | 45.364,0 | 45.364,0 | A | 40.564,0 | 40.564,0 |
| | | B | - | | B | - | |
| | Sonstige Sachinvestitionen | A | 48.628,4 | 48.628,4 | A | 46.878,4 | 46.878,4 |
| | | B | - | | B | - | |
| | Gesamtausgaben | A | 1.962.949,1 | 1.962.949,1 | A | 1.970.485,2 | 1.970.485,2 |
| | | B | - | | B | - | |
| | Zuschuss | A | 543.547,1 | 543.511,8 | A | 551.083,2 | 551.012,7 |
| | Überschuss | B | 35,3 | | B | 70,5 | |

04 05 Justizvollzugsanstalten

| Titel FKZ | | A Bisheriger Betrag 2026 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. € | Neuer Betrag 2026 Tsd. € | A Bisheriger Betrag 2027 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. € | Neuer Betrag 2027 Tsd. € |
|------------------------|---|---|--------------------------------|---|--------------------------------|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| | Einnahmen | | | | |
| | Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen | | | | |
| <u>129 06-1</u> 056 | Einnahmen aus der Abgabe von Ladestrom | A B +36,8 | 36,8 | A B +73,5 | 73,5 |
| | Gesamteinnahmen | A 43.279,0 B +36,8 | 43.315,8 | A 43.279,0 B +73,5 | 43.352,5 |
| | Abschluss | | | | |
| | Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen | A 41.861,0 B +36,8 | 41.897,8 | A 41.861,0 B +73,5 | 41.934,5 |
| | Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen | A 1.418,0 B - | 1.418,0 | A 1.418,0 B - | 1.418,0 |
| | Gesamteinnahmen | A 43.279,0 B +36,8 | 43.315,8 | A 43.279,0 B +73,5 | 43.352,5 |
| | Personalausgaben | A 353.841,9 B - | 353.841,9 | A 362.151,9 B - | 362.151,9 |
| | Sächliche Verwaltungsausgaben | A 137.669,8 B - | 137.669,8 | A 137.588,7 B - | 137.588,7 |
| | Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen | A 32.977,5 B - | 32.977,5 | A 32.977,5 B - | 32.977,5 |
| | Baumaßnahmen | A 130.165,6 B - | 130.165,6 | A 134.965,6 B - | 134.965,6 |
| | Sonstige Sachinvestitionen | A 26.474,5 B - | 26.474,5 | A 26.555,6 B - | 26.555,6 |
| | Gesamtausgaben | A 681.129,3 B - | 681.129,3 | A 694.239,3 B - | 694.239,3 |
| | Zuschuss | A 637.850,3 | 637.813,5 | A 650.960,3 | 650.886,8 |
| | Überschuss | B 36,8 | | B 73,5 | |

Erläuterungen

Zu 04 05/129 06

Mit dem Entwurf des Haushaltsgesetzes 2026/2027 entfällt die bisherige haushaltsgesetzliche Ermächtigung zum kostenfreien Laden privater Elektro- und Hybridfahrzeuge durch Beschäftigte und Besucher staatlicher Dienststellen. Der Titel ist für etwaige Einnahmen aus der Abgabe von Ladestrom erforderlich.

Epl. 04 Bayerisches Staatsministerium der Justiz

| Titel FKZ | A Bisheriger Betrag 2026 | | Neuer Betrag 2026 Tsd. € | A Bisheriger Betrag 2027 | | Neuer Betrag 2027 Tsd. € |
|---|--------------------------------------|--------------------------------------|--------------------------------|-----------------------------|-------------|--------------------------------|
| | B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. € | B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. € | | | | |
| 1 | 2 | | 3 | 4 | 5 | 6 |
| Abschluss Epl. 04 | | | | | | |
| Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen | A 1.456.757,5 B +72,1 | 1.456.829,6 | A 1.456.757,5 B +144,0 | 1.456.901,5 | | |
| Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen | A 5.949,0 B - | 5.949,0 | A 5.949,0 B - | 5.949,0 | | |
| Gesamteinnahmen | | A 1.462.706,5 B +72,1 | 1.462.778,6 | A 1.462.706,5 B +144,0 | 1.462.850,5 | |
| Personalausgaben | A 2.080.145,5 B - | 2.080.145,5 | A 2.157.016,0 B - | 2.157.016,0 | | |
| <i>Verpflichtungserm. 2026 Tsd. €</i> 12.600,0 | | | | | | |
| <i>Verpflichtungserm. 2027 Tsd. €</i> 1.000,0 | | | | | | |
| Sächliche Verwaltungsausgaben | A 946.642,0 B - | 946.642,0 | A 945.085,9 B - | 945.085,9 | | |
| <i>Verpflichtungserm. 2026 Tsd. €</i> 459.482,2 | | | | | | |
| <i>Verpflichtungserm. 2027 Tsd. €</i> 117.945,8 | | | | | | |
| Ausgaben für den Schuldendienst | A 8,0 B - | 8,0 | A 8,0 B - | 8,0 | | |
| Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen | A 58.426,3 B - | 58.426,3 | A 58.426,3 B - | 58.426,3 | | |
| <i>Verpflichtungserm. 2026 Tsd. €</i> 18.925,0 | | | | | | |
| <i>Verpflichtungserm. 2027 Tsd. €</i> 18.925,0 | | | | | | |
| Baumaßnahmen | A 175.875,4 B - | 175.875,4 | A 175.529,6 B - | 175.529,6 | | |
| <i>Verpflichtungserm. 2026 Tsd. €</i> 99.550,0 | | | | | | |
| <i>Verpflichtungserm. 2027 Tsd. €</i> 132.450,0 | | | | | | |
| Sonstige Sachinvestitionen | A 76.137,9 B - | 76.137,9 | A 74.469,0 B - | 74.469,0 | | |
| <i>Verpflichtungserm. 2026 Tsd. €</i> 70.594,0 | | | | | | |
| <i>Verpflichtungserm. 2027 Tsd. €</i> 27.300,0 | | | | | | |
| Besondere Finanzierungsausgaben | A -50.135,6 B - | -50.135,6 | A -50.135,6 B - | -50.135,6 | | |
| Gesamtausgaben | | A 3.287.099,5 B - | 3.287.099,5 | A 3.360.399,2 B - | 3.360.399,2 | |
| <i>Verpflichtungserm. 2026 Tsd. €</i> 661.151,2 | | | | | | |
| <i>Verpflichtungserm. 2027 Tsd. €</i> 297.620,8 | | | | | | |
| Zuschuss | | A 1.824.393,0 | 1.824.320,9 | A 1.897.692,7 | 1.897.548,7 | |
| Überschuss | | B 72,1 | | B 144,0 | | |